

Einleitung

Am 26. September 2021 wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Erstmals in der Geschichte der Deutsch-Assyrer*innen haben wir Wahlprüfsteine an die CDU/CSU, SPD, Die Linke, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verschickt, die für Assyrer*innen relevante Themen behandeln:

Wie stehen die Parteien zu den Rechten der Assyrer*innen in ihrer Heimat? Welche Ideen und Vorhaben haben Sie, um die Teilhabe und Förderung von Jugendverbänden, insbesondere MJSOs, in Deutschland zu stärken? Gibt es eine Hoffnung auf eine positive politische Veränderung für die Assyrer*innen? Werden assyrische Interessen von der deutschen Politik wahrgenommen und behandelt?

Alle Parteien wurden angefragt, die die Vorrichtung durch Formulare angeboten haben.

All diese Fragen, inklusive der Antworten der Parteien und unserer Bewertung für euch, könnt ihr nun hier einsehen und euch eure Meinungen dazu bilden.

Legende:



Frage 1)

In der Armenien-Resolution wurden die Assyrer*innen und weitere christliche Minderheiten beiläufig erwähnt. Dies verhöhnt die nicht armenischen Opfer und mindert ihr Leid und Entwurzelung. Werden Sie im Fall würdige und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrer*innen und Griech*innen anstreben?

Antwort CDU/CSU:

Der Deutsche Bundestag hat 2016 die fast vollständige Vernichtung aller betroffenen Gruppen als Völkermord anerkannt. Dies ist daher eine Anerkennung aller Opfer dieses Völkermordes, auch wenn die Gruppe der Armenier besonders genannt wurde, denn die Menschenwürde gilt gleichermaßen für alle Menschen. Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Kommentar vom AJM:

Die Antwort der CDU/CSU bewerten wir als Ablehnung. Sie nennen die betroffenen Völkergruppen als solche in ihrer Antwort nicht namentlich und machen sie somit unsichtbar, was für eine Aufarbeitung des erlebten Genozides für Nachfahren und Betroffene schwer hinnehmbar ist.

Antwort SPD:

Die systematische Vertreibung und Vernichtung der anatolischen Armenier, wie auch der Aramäer, Assyrer, Pontosgriechen und der chaldäischen Christen war von staatlichen Stellen auf Befehl des damaligen jungtürkischen Regimes systematisch geplant und wurde systematisch durchgeführt. Die Vertreibung, Verfolgung und Ermordung der Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916 waren keine Kollateralschäden der Kriegswirren der damaligen Zeit. Dabei ist auch ausdrücklich die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches zu bedauern, dass wider besseren Wissens nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Es trägt eine Mitschuld an den Ereignissen. Im Sinne der Bundestags-Resolution von 2016 wollen wir auch weiterhin – auf allen Ebenen – zur würdigen Erinnerung an alle Opfer des Völkermordes wie auch zur Versöhnung und Verständigung zwischen Türken und allen Opfergemeinschaften beitragen. Die ehrliche und konstruktive Aufarbeitung der Geschichte – ohne historische Fakten zu bestreiten – stellt hierfür die wichtigste Grundlage dar, wobei zwischen der Schuld der Täter und der Verantwortung der heute Lebenden zu unterscheiden ist. Diese klare Haltung vertreten wir auch in bilateralen Gesprächen mit Vertreter:innen der türkischen Regierung. Die Unterstützung (grenzüberschreitender) zivilgesellschaftlicher Projekte ist uns ein ganz besonderes Anliegen.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Anerkennung und Nennung der zum Opfer gefallenen Völkergruppen seitens der SPD. Wir bewerten die Aussage jedoch als vage, da keine namentliche und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrer*innen und Griech*innen angestrebt wird.



Antwort Die Linke:

DIE LINKE war schon damals, als die Armenien-Resolution verabschiedet wurde, dafür gewesen, Assyrer und Griechen in die Anerkennung des Völkermords einzubeziehen, und wir werden uns auch weiterhin für die angemessene und eigenständige Würdigung ihrer Opfer einsetzen. Gedenken heißt für uns auch: Einsatz für die Bevölkerungsgruppen, die in dieser Region nach wie vor Repression und Ungerechtigkeit ausgesetzt sind. Dazu gehören insbesondere die Assyrer.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Anerkennung und Nennung der zum Opfer gefallenen Völkergruppen seitens der LINKEN. Wir bewerten die Aussage als Zustimmung, da sie sich „weiterhin für die angemessene und eigenständige Würdigung ihrer Opfer einsetzen“ möchte.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juni 2016 mit seiner fraktionsübergreifenden und nahezu einstimmig beschlossenen Resolution deutlich gemacht, dass es sich bei den Massakern an den Armenier*innen und anderen christlichen Minderheiten um einen Völkermord handelte und es auch eine deutsche Mitverantwortung daran gibt. Als enger Verbündeter des Osmanischen Reichs war das Deutsche Reich über die Verbrechen informiert, schritt aber bewusst nicht ein. Historische Dokumente, auch des Auswärtigen Amtes, belegen, dass es im Osmanischen Reich das ausdrückliche Interesse gab, die bis dahin ganz überwiegend loyalen armenischen Untertanen des Osmanischen Reiches sowie christliche Gruppen wie Assyrer*innen und Aramäer*innen, Chaldäer*innen und Pontosgriech*innen gezielt zu vernichten. Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass es keine Hierarchie zwischen den genannten Gruppen gibt. Sie alle müssen bei einer historischen Aufarbeitung und Versöhnungsarbeit berücksichtigt werden.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Anerkennung und Nennung der zum Opfer gefallenen Völkergruppen seitens Bündnis90/Grüne. Wir bewerten die Aussage jedoch als vage, da keine namentliche und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrer*innen und Griech*innen angestrebt wird.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 2)

Sollten Sie Regierungsverantwortung übernehmen, werden Sie den Völkermord auch auf Regierungsebene anerkennen und Druck auf die Türkei zur Aufarbeitung des Völkermordes ausüben?

Antwort CDU/CSU:

Die unionsgeführte Bundesregierung teilt die Ziele der Resolution des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 2016 und versteht die Sprache der Resolution als politische und nicht als juristische Einordnung der Geschehnisse von 1915 und 1916. Letztlich obliegen die Erforschung und Bewertung der Ereignisse von 1915/1916 unabhängigen Wissenschaftlern. Die Bundesregierung hat die Akten des Auswärtigen Amtes als Quellen im Politischen Archiv zugänglich gemacht. Diese Akten können ebenso wie die in anderen Archiven der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Quellen ohne jede Einschränkung eingesehen werden. CDU und CSU ermutigen alle Nationen, sich auch den dunklen Seiten ihrer Geschichte zu stellen. Die Aufarbeitung der Geschichte ermöglicht eine Gestaltung der Gegenwart für eine bessere, gemeinsame Zukunft.

Kommentar vom AJM:

Wir bedauern die Antwort der CDU/CSU Parteien in Bezug auf die Anerkennung des Genozides auf Regierungsebene und damit einerschreitende politische Schritte. Wir bewerten diese Aussage als klare Ablehnung, da der Genozid von 1915 seitens der CDU/CSU juristisch - und somit de facto - nicht als Genozid eingestuft wird.

Antwort SPD:

Zusammen mit Frage 1 beantwortet.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen das Vorhaben der SPD, weiterhin an „alle Opfer des Völkermordes“ zu gedenken, sowie „zur Versöhnung und Verständigung zwischen Türken und allen Opfergemeinschaften [...]“ beizutragen. Wir bewerten die Aussage jedoch als vage, da die Anerkennung auf Regierungsebene und einhergehende Druck ausübende Schritte nicht angedacht sind.

Antwort Die Linke:

Ja, das haben wir vor.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen das Vorhaben der LINKEN, den Völkermord auf Regierungsebene anerkennen und Druck auf die Türkei zur Aufarbeitung des Völkermordes ausüben zu wollen. Wir bewerten die Aussage somit als Zustimmung.



Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Als Teil einer Bundesregierung werden wir GRÜNE uns für die weitere Umsetzung der Bundestagsresolution von 2016 einsetzen. Wir wollen den Völkermord im Osmanischen Reich in Lehrpläne schreiben und die Rolle des Deutschen Kaiserreichs im Zusammenhang mit dem Völkermord mithilfe von Historiker*innen aufarbeiten. Wir würdigen die mutigen Schritte und Aktivitäten der türkischen Zivilgesellschaft, die Aufarbeitung der türkischen Geschichte basisdemokratisch und akademisch voranzubringen. Deutschland und alle EU-Staaten sollten sich deutlicher als bisher gegen nationalistische Tendenzen in der Türkei sowie in Armenien stark machen und die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte bei der Aufarbeitung des Völkermords unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin die Aufarbeitung der historischen Ereignisse durch die Türkei und Armenien als Schritte zur Versöhnung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern aktiv unterstützt.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen das Vorhaben von Bündnis90/Grüne im Falle einer Regierungsbeteiligung, die Armenien-Resolution von 2016 umsetzen zu wollen. Wir bewerten die Aussage somit als Zustimmung.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 3)

Da die Assyrer*innen von allen Kriegsparteien in Syrien im Stich gelassen und diskriminiert werden, welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Bekämpfung der Fluchtursachen der Assyrer*innen in Syrien, insbesondere im Hinblick auf die von dem IS zerstörten Gebiete in Nordost Syrien?

Antwort CDU/CSU:

Die gezielten und entmenslichenden Grausamkeiten durch den IS dürfen niemals vergessen werden. Wir gedenken der Opfer dieser Gräueltaten und der Überlebenden. CDU und CSU wollen dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit Geltung verschaffen und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern, auch in Syrien. Insbesondere werden wir uns weiterhin beharrlich für verfolgte Christen einsetzen. CDU und CSU setzen sich ferner dafür ein, dass die Bundesregierung auch künftig für eine umfassende und gerechte politische Lösung im Rahmen der Beschlüsse der Vereinten Nationen arbeitet. Dazu gehört ein für alle Seiten einschließender politischer Prozess, der von den Vereinten Nationen moderiert wird. Zudem leistet Deutschland humanitäre Hilfe in umfangreichem Maße.

Kommentar vom AJM:

Die Antwort von CDU/CSU stufen wir als vage ein, da keine konkreten Lösungsansätze dargestellt werden.

Antwort SPD:

Mit Sorge haben wir verfolgt, wie der Konflikt in Syrien auch zu einer gravierenden Verschlechterung der Situation der assyrischen Christen führte, deren Siedlungsgebiete schwer von Kampfhandlungen betroffen waren. Trotz Gebietsverluste stellt der sogenannte Islamische Staat weiterhin eine konkrete Gefahr für religiöse Minderheiten dar. Um die Not der Menschen vor Ort zu lindern, hat die Bundesregierung unter Beteiligung der SPD in den vergangenen Jahren auch in christlichen Kerngebieten bedarfsorientiert humanitäre Hilfe geleistet. Wir unterstützen die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um einen inklusiven politischen Prozess in Syrien, der die ethnische Vielfaltigkeit des Landes widerspiegelt und die Interessen und Anliegen aller Bevölkerungsgruppen einbezieht

Kommentar vom AJM:

Die Antwort von der SPD stufen wir als vage ein, da keine konkreten Lösungsansätze dargestellt werden.



Antwort Die Linke:

DIE LINKE setzt sich für einen umfassenden politischen Prozess in Syrien unter Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität ein. Die andauernde Bedrohung durch islamistische Terrororganisationen und Diskriminierung der Assyrer muss beendet werden. Wir drängen darauf, dass die Bundesregierung endlich aktiv wird, das NATO-Mitglied Türkei anzuhalten islamistische Terrororganisationen in Syrien nicht mehr zu unterstützen. Der politische Prozess muss vom wirtschaftlichen Wiederaufbau begleitet werden. Wir wenden uns gegen die EU- und US-Sanktionspolitik und fordern Sofort- und Wiederaufbauhilfe für alle Teile Syriens.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Überlegungen der LINKEN und bewerten die Aussage als Zustimmung, da konkrete Lösungsansätze genannt werden.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Die wirtschaftliche Lage und Bedrohungssituation belastet Menschen in ganz Syrien. Wir GRÜNE unterstützen weiterhin eine umfassende politische Lösung des Konflikts als Hauptziel. In den UN-geführten Friedensprozess in Genf hat sich die Regierung in Damaskus immer noch nicht konstruktiv eingebracht. Das ist jedoch die Voraussetzung für politische Reformen und einen Wiederaufbau des Landes mit internationaler Unterstützung, inklusive im Nordosten Syriens. Es bleibt eine wichtige und kontinuierliche Aufgabe, Diskriminierungen in allen Landesteilen öffentlich anzuprangern, egal wer die Autoritäten stellt. Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen aller Kriegsparteien. Außerdem müssen wir das Wiedererstarken des IS in Syrien verhindern, auch durch Maßnahmen der internationalen Anti-IS-Koalition. Minderheiten sollen langfristig in ihrer syrischen Heimat bleiben können und sich vor islamistischem Extremismus ebenso wie vor Verfolgungen durch das Asad-Regime oder andere Gruppen sicher fühlen können.

Kommentar vom AJM:

Die Antwort von Bündnis90/die Grünen stufen wir als vage ein, da keine konkreten Lösungsansätze dargestellt werden.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 4)

Die Erfahrungen seit dem Sturz vom irakischen Regime zeigen, dass die Assyrer*innen kein Vertrauen in die bestehenden Sicherheitsstrukturen des Iraks (inklusive KRG) haben können. Würden Sie assyrische Autonomiebestrebungen im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts als indigenes Volk im Irak unterstützen?

Antwort CDU/CSU:

Autonomierechte für die indigenen Völker, die wir unterstützen, sind bereits in der Verfassung des Iraks angelegt. Diese müssen im Alltagsleben verbindlich umgesetzt werden. Im März hat die irakische Regierung mit einem Gesetz das erste Mal den Genozid an Bevölkerungsgruppen rechtlich anerkannt und den Überlebenden der IS-Verbrechen Unterstützung zugesichert. Das ist ein willkommener und wichtiger Schritt, um das Vertrauen vieler Geflohener in ihre Heimat und die regionale Politik wiederaufzubauen. Entscheidend für verlässliche, dauerhafte Lebensperspektiven sind zudem die Überwindung der fragilen Sicherheitslage, der Aufbau einer guten Infrastruktur, die Klärung staatlicher Zuständigkeiten, die Schaffung von Beschäftigungsperspektiven sowie Maßnahmen zum guten Miteinander mit den sunnitischen Nachbarn.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Antwort der CDU/CSU und stufen sie als Zustimmung ein, da sie Autonomierechte für indigene Völker unterstützt und die Umsetzung der irakischen Verfassung mit den garantierten Minderheitenrechten fordert, welche Selbstbestimmungs- und Autonomierechte beinhalten.

Antwort SPD:

Uns besorgen die Berichte über die anhaltend prekäre Sicherheitslage für Assyrer:innen wie auch über Diskriminierung im Alltag und fehlende wirtschaftliche Perspektiven. Wir fordern die staatlichen Akteure deshalb auf, sich dafür einzusetzen, dass die in der irakischen Verfassung verankerten Minderheitenrechte – die selbstverständlich auch für die assyrischen Christen gelten – uneingeschränkt umgesetzt werden. Auch im Irak bzw. den kurdischen Autonomiegebieten unterstützen wir inklusive politische Prozesse, die sämtliche religiöse und ethnische Minderheiten miteinbeziehen und Lösungen für schwierige Themen wie die Rückgabe von in der Vergangenheit enteignetem Besitz finden. Die religiösen und ethnischen Minderheiten im ganzen Land müssen von der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit profitieren.

Kommentar vom AJM:

Wir begrüßen die Antwort der SPD und stufen sie als Zustimmung ein, da sie die Umsetzung der irakischen Verfassung mit den garantierten Minderheitenrechten fordert, welche Selbstbestimmungs- und Autonomierechte beinhalten.



Antwort Die Linke:

Unserer Meinung nach wäre es wichtig, den irakischen Zentralstaat zu erhalten und zugleich föderale Strukturen sowie die Gleichstellung aller Völker im Irak zu stärken. Die Assyrer müssen in ihren Rechten gestärkt werden. Ob das in Form einer regionalen Autonomie, vergleichbar mit der Autonomen Region Kurdistan, ausgestaltet sein sollte, wäre durch die Akteure vor Ort und insbesondere durch die gesamt-irakischen Institutionen, v. a. das irakische Parlament, zu entscheiden.

Kommentar vom AJM:

Die Antwort von den LINKEN stufen wir als vage ein, da sie eine assyrische Autonomiebestrebung nicht ausdrücklich unterstützen würde, jedoch die Gleichstellung aller Völker im Irak befürworten und eine Stärkung der Assyrer*innen in ihren Rechten befürworten.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Über die Verwaltungsstrukturen des irakischen Staates hat letztendlich die gewählte irakische Regierung zu entscheiden. Dabei besitzt die Region Nordkurdistan bereits eine Teilautonomie mit eigenen Entscheidungskompetenzen, wo auch Minderheiten politisch beteiligt sind. Eine gute Plattform, um Empfehlungen zu diskutieren und einzubringen, wie Minderheiten darüber hinaus am besten geschützt werden und sich entfalten können, wäre der Nationale Dialog, den Präsident Kadhimi kürzlich initiiert hat. Dieser wird auch von Deutschland unterstützt.

Kommentar vom AJM:

Die Antwort von Bündnis90/die Grünen stufen wir als Ablehnung ein, da keine Unterstützung der assyrischen Autonomiebestrebungen im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts als indigenes Volk im Irak angestrebt wird.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 5)

Seit Jahrzehnten werden assyrische Ländereien von kurdischen Kräften im Nordirak geraubt und vereinnahmt. Zum Teil wurden diese vom Baath-Regime enteignet und Enteignungen aktuell von der KRG fortgesetzt. Was werden Sie zur Rückgabe der Ländereien machen?

Antwort CDU/CSU:

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass die Bundesregierung auch künftig sich gegenüber der irakischen Regierung und der kurdischen Regionalregierung dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für Eigentumsübertrag wichtige Elemente für Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung sind. Die Bundesregierung soll sich auch dafür einsetzen, dass zu Unrecht erfolgte Enteignungen rückgängig gemacht werden.

Kommentar von AJM:

Wir stufen die gegebene Antwort der CDU/CSU als Zustimmung ein, da sie sich für die Rückgabe enteigneter Ländereien aussprechen.

Antwort SPD:

Zusammen mit Frage 4 beantwortet.

Kommentar von AJM:

Wir stufen die gegebene Antwort der SPD als Zustimmung ein, da sie Enteignungen als Verletzung der Menschenrechte wahrnimmt und verurteilt.

Antwort Die Linke:

Wir sind unbedingt der Meinung, dass die Bundesregierung das sehr kritisch gegenüber der Kurdischen Regionalregierung ansprechen muss. Immerhin gibt es eine enge, auch militärische, Zusammenarbeit, deren Fortsetzung wir ohnehin ablehnen. Für uns ist deutlich, dass es eine Kooperation der islamistisch-faschistischen Regierung aus AKP und MHP in Ankara mit der von der Familie Barzani dominierten Kurdischen Regionalregierung gibt, die auf einem strategischen Bündnis zur Ausbeutung der Rohstoffe in der Region Kurdistan-Irak beruht. Es ist beunruhigend zu sehen, dass offenbar auf Grundlage dieses Ausbeutungsbündnisses die Familie Barzani der Türkei Schützenhilfe bei ihrem Krieg gegen die Kurden und den Maßnahmen gegen die Assyrer leistet und die Opposition in der Region brutal unterdrückt. Die Bundesregierung ist gefordert dies gegenüber Erbil kritisch anzusprechen, keine weitere Unterstützung bei Waffen und Ausbildung bewaffneter Strukturen mehr zu gewähren sowie auf die Rückgabe der Ländereien zu drängen.

Kommentar von AJM:

Wir stufen die gegebene Antwort von den LINKEN als Zustimmung ein, da sie eine kritische Haltung gegenüber der Kurdischen Regionalregierung fordern und zur Rückgabe der Ländereien drängen wollen.



Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Wir GRÜNE unterstützen den Aufbau und die Verteidigung rechtsstaatlicher Strukturen sowohl in der irakischen Zentralregierung als auch in der Kurdischen Regionalregierung. Nur der Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und entsprechender politischer Praxis für alle Staatsangehörigen unabhängig ihrer ethnischen und religiösen Herkunft kann langfristig Frieden und Sicherheit im Land bringen. Jede Verletzung des Rechts auf Eigentum muss geprüft, aufgeklärt und entsprechend geahndet werden.

Kommentar von AJM:

Wir stufen die gegebene Antwort von Bündnis90/Grüne als Zustimmung ein, da sie „jede Verletzung des Rechts auf Eigentum“ ahnden wollen.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 6)

Jugendverbände, die ethno-religiöse Minderheiten aus dem Nahen Osten vertreten, werden an politischen Prozessen kaum beteiligt. Haben Sie konkrete Pläne zur Förderung der direkten politischen Teilhabe dieser Organisationen?

Antwort CDU/CSU:

Wir sind eine offene Demokratie, bei der sich alle Organisationen auf dem Boden des Grundgesetzes am politischen Meinungsprozess beteiligen können. CDU und CSU laden Vertreter von Organisationen ein, den Dialog zu suchen und im Hinblick auf gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten. Gleiches gilt für unsere gemeinsame Jugendorganisation, die Junge Union (JU). Vertreter von assyrischen Christen wirkten in der nun auslaufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages an der Arbeitsgruppe Verfolgte Christen der CDU Deutschlands mit.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Teilhabemöglichkeit seitens der CDU/CSU innerhalb der Arbeitsgruppe „Verfolgte Christen“. Wir stufen die Antwort als Zustimmung ein, da sie jungen Menschen die Teilhabe durch eigeninitiatives Engagement zuspricht.

Antwort SPD:

Häufig kommt es im schnelllebigen parlamentarischen Alltag vor, dass zu den aktuellen Themen nicht die gesamte Wissenslandschaft in Deutschland und auch international zu Rate gezogen werden kann. Es gibt keinen Standardweg, wie sich z. B. Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Wer sich bekannt macht, wird auch eher gefragt. Daher die Empfehlung, sich in persönlichen Gesprächen bei den Entscheidungsträgern von Parteien und Fraktionen bekannt zu machen und die eigene Expertise zur Verfügung zu stellen. Politik braucht Beratung und nimmt diese auch gerne an. Dabei muss bekannt sein, wen man zur Beratung fragen kann.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen das klar angebotene Teilhabeangebot seitens der SPD, welches einen Austausch von Expertise durch eigeninitiatives Engagement fördern möchte.



Antwort Die Linke:

DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Die aktive Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist für uns eine unabdingbare Grundlage einer emanzipatorischen Demokratie. Junge Menschen sollen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und aktiv an der Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen mitwirken können. Wir setzen uns für ein Demokratiefördergesetz für eine dauerhafte, projektunabhängige Finanzierung von Initiativen sowie ein Gemeinnützigkeitsrecht, das Vereinen politisches Engagement erlaubt ein.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen das Engagement seitens der LINKEN, durch das angestrebte Demokratiefördergesetz „dauerhafte, projektunabhängige Finanzierung von Initiativen sowie ein Gemeinnützigkeitsrecht, das Vereinen politisches Engagement erlaubt“ zu fördern.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Wir GRÜNEN haben uns in verschiedenen Bereichen und zu zahlreichen Themen dafür eingesetzt, zivilgesellschaftliche Kräfte und besonders Stimmen von jungen Menschen zu Wort kommen zu lassen. Dies gilt auch in Bezug auf die Diskussion der Probleme im Nahen Osten. Unsere Vorstellung von Außenpolitik ist es, nicht nur auf dem Wege der klassischen Staatendiplomatie zu handeln, sondern mit Partnern der Zivilgesellschaft einen regelmäßigen inhaltlichen Austausch zu pflegen. Abgesehen von der politischen Ebene setzen wir uns ein für Universitätsstipendien und einen regen Jugendaustausch, um das Problembewusstsein auf beiden Seiten für die sozialen und politischen Entwicklungen im jeweiligen Land zu schärfen.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen das Vorhaben von Bündnis90/Grüne, auch zivilgesellschaftliche Partner*innen in außenpolitische Fragen zu konsultieren. Wir stufen die Antwort jedoch als vage ein, da nicht von Jugendorganisationen gesprochen wird.

Antwort FDP:

Keine Antwort



Frage 7)

MJSO werden teilweise strukturell gefördert, jedoch nicht adäquat gemessen an der Jahrzehntelangen Vernachlässigung und daraus resultierenden fehlenden Entwicklungen. Wie wollen Sie die Arbeit von MJSO finanziell unterstützen, um den vernachlässigten Struktur- aufbau dieser Organisationen zu fördern?

Antwort CDU/CSU:

Am 6. Juli 2018 wurde der Bundeshaushalt 2018 mit einer Erhöhung für die Jugendverbände um 2,6 Millionen Euro beschlossen. Ein großer Teil davon fließt in die Aufstockung der Förderung von Migrantenjugend- selbstorganisationen (MJSO). Diese erhalten dadurch eine jahrelang geforderte finanzielle Mindestaus- stattung zum Erhalt und Ausbau ihrer bundesweiten Strukturen. Dies ist ein wichtiger Schritt im Prozess der Etablierung auf Bundesebene. Vor fast 20 Jahren wurde die Interkulturelle Öffnung der djo – Deutsche Jugend in Europa beschlossen, in deren Verlauf vier bundesweit agierende Migrantenjugendselbstorgani- sationen aufgenommen wurden:

- Der Kurdische Kinder- und Jugendverband KOMCIWAN e.V.,
- der Assyrische Jugendverband Mitteleuropa (AJM) e.V.,
- der Verein der russischsprachigen Jugend in Deutschland JunOst e.V.
- und Amaro Drom e.V., eine interkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma.

Seitdem setzen sie sich für die Anerkennung ihres gesellschaftlichen Engagements ein sowie für eine ver- lässliche und angemessene Förderung zum Aufbau nachhaltiger Strukturen. Migrantenjugendselbstorga- nisationen ermutigen Jugendliche zu politischer Teilhabe und selbstbestimmter Interessensvertretung. Sie übernehmen Verantwortung für gemeinnützige und gesellschaftliche Aufgaben und bieten Partizipations- möglichkeiten für junge Menschen, die von den etablierten Jugendverbänden oft nicht erreicht werden. Durch die Erhöhung der Grundförderung wurde diese wichtige Arbeit anerkannt und gewürdigt. Die djo – Deutsche Jugend in Europa hat in einer Presseerklärung vom 29. August 2021 nicht kritisiert, dass die För- derung zu niedrig sei, sondern ausdrücklich den „Fachpolitikern im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (gedankt), die sich für die Erhöhung der Mittel und eine damit verbundene Vielfalt innerhalb der Jugendverbandslandschaft eingesetzt haben!“

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen und bedanken uns für die bisherigen Förderungen, welche auch durch die CDU/CSU mit ermöglicht wurde. Jedoch bewerten wir diese Antwort als Ablehnung, da der in der Frage kommunizierte reale Mehrbedarf als solcher ignoriert wurde.

Antwort SPD:

Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) tragen dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Wir werden sie daher auf allen Ebenen bestmöglich unterstützen. Sie agieren flexibel, zielgruppennah und besitzen ein besonderes Verständnis für die Biographien und die Lebenssituation ihrer Klientel. Damit die MJSO ihre Angebote aufrechterhalten und weiterentwickeln können, wollen wir sie auch weiterhin gezielt fördern und Zugänge zu bestehenden Finanzierungswegen ermöglichen. Wir wollen die große Bandbreite an Angeboten durch MJSO auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. Sie sollen von Bund, Ländern und Kommunen verstärkt mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Junge Menschen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Dementsprechend wollen wir sie über unterschiedliche Formate bestmöglich beteiligen.



Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Antwort der SPD und stufen sie als Zustimmung ein, da sie eine verstärkte Ausstattung von MJSO durch Personal und finanzielle Mittel auf allen Ebenen fordert.

Antwort Die Linke: 

Migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern. Das betrifft entsprechend auch MJSO.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Antwort von den LINKEN und stufen sie als Zustimmung ein, da sie konkrete Vorschläge im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz zur Demokratieförderung einbringen.

Antwort Bündnis 90/Die Grünen: 

Eine lebendige Zivilgesellschaft, wozu selbstverständlich auch Empowerment-Arbeit und Beratungsangebote zählen, ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Sie stärkt den Zusammenhalt, fördert Teilhabe, trägt dazu bei, wichtige Anliegen, wie zum Beispiel den Kampf gegen Diskriminierung, auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt werden, und leistet ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass diese für unsere Einwanderungsgesellschaft so wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir das Engagement demokratiebelebender Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Antwort von Bündnis90/Grüne und stufen sie als Zustimmung ein, da sie konkrete Vorschläge im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz zur Demokratieförderung einbringen.

Antwort FDP: 

Keine Antwort



Frage 8)

Oft wird „über“ Betroffene von Rassismus und nicht „mit“ ihnen gesprochen. Von den betroffenen Gruppen dienen nicht selten Organisationen, die fragwürdige Ideologien vertreten, als Gesprächspartner für die Politik in Integrations- und Rassismusfragen. Welche Position vertreten Sie in dieser Thematik?

Antwort CDU/CSU:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch künftig die Bundesregierung mit möglichst allen betroffenen Gruppen im Bereich der Integration über die Fragen der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und des Antisemitismus sprechen, sofern sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Feststellung, dass Betroffene als Expert*innen wahrgenommen werden müssen. Wir stufen die Antwort dennoch als vage ein, da nach dem Umgang mit Organisationen gefragt wurde, welche fragwürdige Ideologien* vertreten.

*nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompatibel

Antwort SPD:

Zu einer lebendigen Demokratie gehört für uns eine starke Zivilgesellschaft. Deshalb werden wir die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen. Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen, auch wenn wir in vielerlei Hinsicht verschieden sind. Eine Gesellschaft, in der niemand auf andere herabschaut und in der Meinungsverschiedenheiten fair, zivilisiert und auf Basis unserer demokratischen Grundsätze ausgetragen werden. Wir wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung, egal ob es um soziale Herkunft, Geschlecht, Migrationsbiografie, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung geht. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Feststellung, dass Betroffene als Expert*innen wahrgenommen werden müssen. Wir stufen die Antwort dennoch als vage ein, da nach dem Umgang mit Organisationen gefragt wurde, welche fragwürdige Ideologien* vertreten.

*nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompatibel



Antwort Die Linke:

Das soziale Engagement migrantischer Organisationen und Initiativen muss politisch unterstützt werden. Es müssen auch Migrant*innenorganisationen und antirassistische Initiativen die politische Unterstützung und Anerkennung erfahren, die allen anderen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements zuteil wird. Es ist daher eine öffentliche Aufgabe von hoher gesellschaftlicher Bedeutung, jene Organisationen und Vereinigungen zu unterstützen. Wir wollen ein Partizipationsgesetz, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Feststellung, dass Betroffene als Expert*innen wahrgenommen werden müssen. Wir stufen die Antwort dennoch als vage ein, da nach dem Umgang mit Organisationen gefragt wurde, welche fragwürdige Ideologien* vertreten.

*nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompatibel

Antwort Bündnis 90/Die Grünen:

Eine chancengerechte und antirassistische Einwanderungsgesellschaft kann nur nachhaltig erfolgreich vorangetrieben werden, wenn diejenigen, die von strukturellem und institutionalisiertem Rassismus betroffen sind, zu Wort kommen, wenn deren Expertise und Perspektive gehört wird, wenn sie mit am Tisch sitzen. Damit diese Perspektiven und Expertisen aktiv in den politischen Dialog mit einbezogen werden, wollen wir GRÜNE einen Partizipationsrat einführen. Dieses gesetzlich verankerte und unabhängige Gremium setzt sich aus Vertreter*innen der (post-) migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung zusammen, die die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt abbilden. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremiengesetz reformieren.

Kommentar von AJM:

Wir begrüßen die Feststellung, dass Betroffene als Expert*innen wahrgenommen werden müssen. Wir stufen die Antwort dennoch als vage ein, da nach dem Umgang mit Organisationen gefragt wurde, welche fragwürdige Ideologien* vertreten.

*nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompatibel

Antwort FDP:

Keine Antwort



